

Das Parteiensystem

1 Die Partei

Definition (nach Schmidt): Bezeichnung für organisierte Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staatsbürger zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (Siehe GG Art. 21 I) über öffentliche Angelegenheiten, vor allem durch Meinungsäußerung, direkte oder indirekte Einflußnahme auf die Regierungspolitik, Ämterwerb und politische Gestaltung.

2 Die Entwicklung des Parteiensystems seit 1945 in Deutschland

2.1. Konstituierung der Parteien im Deutschen Reich

1871: Gründung des Deutschen Kaiserreiches als konstitutionelle Monarchie

Wahlsystem: Mehrheitswahlsystem (Stichwahlen) und mit für Massenparteien ungünstiger Wahlkreiseinteilung (statistische Divergenzen)

Wahlrecht: Männer über 25 Jahre, jedoch je nach Bundesstaat unterschiedlich (Dreiklassenwahlrecht in Preußen). Insgesamt ca. 20% der Bevölkerung

1. RT-Wahl unter dem Eindruck des deutsch-französischen Krieges

konservative Parteien: Deutsch-Konservative Partei (DKP)
Deutsche Reichspartei (DRP)

christliche Partei: Zentrum (Z)

nationalliberale Partei: Nationalliberale Partei (NLP)

linksliberale Parteien: Fortschrittspartei (FP)
Liberale Reichspartei (LRP)

sozialdemokratische Partei: Sozialdemokratische Partei (SPD) 1875 geeint

Minderheitenparteien: Polen, Welfen, Dänen, später Elsässer

Die Politik des RK von Bismarck unterstützt zunächst v.a. die NLP, andere Parteien werden durch gezielte Ausgrenzung gebrandmarkt:

Die DKP/DRP bis 1877, das Zentrum von 1872-1887, die SPD von 1878-1890

Mittel: Diffamierung als „Reichsfeinde“, Kulturkampf, Sozialistengesetze

Ergebnis: Kaum nachhaltige Beeinflussung von Wahlentscheidungen

Kulturkampf: staatliche Schulen, Kanzelparagraph, Ordensverbote, staatliche Priesterausbildung, Zivilehe/Ehescheidungen, Streichung staatlicher Zuschüsse, Expatriierungsgesetz

1874: 2. RT-Wahl, bei denen die „Reichsfeinde“ (SPD) gewinnen, auch das Zentrum

1875: Gothaer Programm der Arbeiterparteien (allmähliche Formierung der SPD)

Grundlage: Marx' Kommunistisches Manifest

Forderungen: Gewerkschaften, Wahlrechtsreform

1877: 3. RT-Wahl mit geringen Veränderungen bei Anstieg der SPD

Ablehnung der Sozialistengesetze durch RT, darum RT-Auflösung

Innenpolitische Kurskorrektur: RK von Bismarck wendet sich von NLP (Freihandel, Stärkung von RT+BR) ab und den Konservativen (Schutzzölle) zu

1878: Adolf Stoecker gründet seine Christlich-Soziale Partei, die unter Förderung des Antijudaismus die Arbeiter an Kirche und Kaiser binden will, aber erfolglos
NLP, DKP und DRP arbeiten zunehmend zusammen (Kartellparteien)

2.2 Das Kartellparteiensystem

- 1878: 4. RT-Wahl im Zeichen der Kaiserattentate und des Berliner Kongresses
Die Kartellparteien erhalten eine Mehrheit und beschließen Sozialistengesetze
Sozialistengesetze: Verbot von Parteipresse und -organisation, Verhaftungen, jedoch kein Verbot über Wahlbeteiligungen; Sozialgesetzgebung
- 1881: 5. RT-Wahl, aus der die Kartellparteien geschwächt und die SPD trotz Sozialistengesetzen gestärkt hervorgehen. Wechselnde Mehrheiten
- 1884: Zusammenschluß von FP+LRP/LV zur Deutschen Freisinnigen Partei (DFP)
6. RT-Wahl im Zeichen des Imperialismus und zunehmender Polarisierungen
Die Kartellparteien gewinnen wieder hinzu, genauso, wie die SPD
- 1887: 7. RT-Wahl endet mit einem großen Sieg für die Kartellparteien, dem Absturz der Linksliberalen und auch wieder Verluste für die SPD

2.3 Persönliches Regiment und Bülow-Block-System

- 1890: 8. RT-Wahl (5 Jahre), bei der die Kartellparteien die Mehrheit verlieren und die SPD erstmals stimmenstärkste Partei wird. RK von Bismarck erwägt den Staatsstreich und eine Verschärfung der Sozialistengesetze. Beides lehnen Kaiser Wilhelm II. und der RT ab. Rücktritt des RK von Bismarck
- 1891: Erfurter Programm der SPD
Marxismus bleibt theoretische Grundlage
Forderungen: Wahlrechtsreform, Frauengleichberechtigung, Arbeitszeitverkürzung, kostenlose Sozialeinrichtungen, Grundrechte
- 1893: RT-Auflösung, wegen umstrittener Heeresfrage, über die sich die DFP in Freisinnige Partei (FP) und Freisinnige Volkspartei (FVP) spaltet
9. RT-Wahl im Zeichen der Heeresfrage. Kartellparteien können noch einmal zulegen, aber auch die SPD bei weiterer Schwächung der Linksliberalen
- 1898: 10. RT-Wahl erbringen Verluste bei den Kartellparteien. Das Zentrum ist zwar auf Demokratisierung aus, arbeitet aber zunehmend mit den Kartellparteien zusammen und ist kaisertreu. Ab 1900 Bülow-Block-System des RK von Bülow
- 1903: 11. RT-Wahl erbringt kaum Veränderungen. SPD gewinnt auf Kosten FP+FVP
- 1906: RT-Auflösung wegen strittigem Nachtragshaushalt
- 1907: 12. RT-Wahl, die der Bülow-Block gewinnt. Integrationskurs bestätigt
SPD mit erheblichen Verlusten. Wieder zunehmende Polarisierung
- 1910: Zusammenschluß von FP+FVP zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP)
- 1912: 13. RT-Wahl, bei der die SPD stärkste Fraktion wird, auch dank eines Wahlbündnisses mit der FVP. Bülow-Block ist gescheitert

2.4 Burgfrieden

- 1914: Ausbruch des 1. WK, daher Burgfrieden und Bewilligung von Kriegskrediten
- 1917: Endgültige Spaltung der SPD in MSPD und USPD über die Frage der Kriegskredite. MSPD, Zentrum und FVP treten im RT für Frieden ohne Annexionen ein
- 1918: Oktoberreformen im RT: RT hat Mitspracherecht in auswärtiger Politik, RK abhängig vom RT, Unterordnung der militärischen Macht
Revolution: Abdankung des Kaisers und des RK Prinz von Baden
Rat der Volksbeauftragten aus MSPD und USPD regiert
Endes des 1. WK und Bürgerkrieg um Staatsform (Räte-Parlamente)
- 1919: KPD wird gegründet als Abspaltung der USPD wegen der Teilnahme am Rat der Volksbeauftragten. Keine Teilnahme an Wahlen
DAP wird gegründet

2.5 Krisenjahre

- 1919: Gründung der Weimarer Republik
Wahlssystem: Verhältniswahlssystem mit Möglichkeit von Plebisziten
Wahlrecht: allgemein, gleich, unmittelbar und geheim; ab 20 Jahre
Wahl zur Nationalversammlung

konservative Partei: Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
 christliche Partei: Zentrum (Z)
 nationalliberale Partei: Deutsche Volkspartei (DVP)
 linksliberale Partei: Deutsche Demokratische Partei (DDP)
 sozialdemokratische Partei: Sozialdemokratische Partei (SPD)
 kommunistische/sozialistische Parteien: Unabhängige SPD (USPD)
 Kommunistische Partei (KPD)
 regionale Partei: Bayerische Volkspartei (BVP)

Sitzverteilung ähnlich, wie im letzten RT. SPD, Z, DDP bilden Weimarer Koalition, die die Verfassung und den Friedensvertrag verabschiedet. Gegen die Verfassung stimmen DNVP, DVP und USPD (Antisystemparteien)
 Mordanschläge, Putschversuche, kommunistische Unruhen

1920: 1. RT-Wahl im Zeichen zunehmender politischer Radikalisierung schwächt die Weimarer Koalition, die ihre Mehrheit verliert. Wechselnde RK und Koalitionen
 1923: Ruhrbesetzung, kommunistische Unruhen, Reichsexekution, Hitler-Putsch, Inflation, Ausnahmezustand, Sezessionen erschüttern die Republik

2.6 Konsolidierungsphase

1924: 2. RT-Wahl bringt der Weimarer Koalition wieder keine Mehrheit. Streit um Dawes-Plan, daher RT-Auflösung zur Klärung der Fronten
 3. RT-Wahl, bei der die DNVP zweitstärkste Fraktion wird, daher Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition Z, BVP, DVP, DNVP, bzw. Z, BVP, DVP, DDP
 1925: RP-Wahl: von Hindenburg setzt sich als Kandidat aller Rechtsparteien gegen die bürgerlichen und kommunistischen Parteien durch
 1928: 4. RT-Wahl, in der SPD und KPD zusammen fast die Mehrheit erreichen, schließlich Bildung einer Großen Koalition aus SPD, Z, DDP, DVP, BVP
 1929: Die DNVP verbindet sich mit der erheblich kleineren NSDAP im Volksentscheid gegen den Young-Plan, der dennoch angenommen wird.
 1930: Weltwirtschaftskrise und Sturz der Großen Koalition über die Frage der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (Streit zwischen SPD und DVP)
 Die Parteien offenbaren ihre absolute Kompromißunfähigkeit

2.7 Die Präsidialregierungen

1930: RP von Hindenburg beruft Brüning (Z) zum RK, der überparteilich regieren soll
 Tolerierung durch SPD und bedingt parlamentarischer Rückhalt, Notverordnungen, wachsende Arbeitslosigkeit
 5. RT-Wahl mit erheblichen Stimmengewinnen der NSDAP und KPD führt zu einer zunehmenden Radikalisierung der Innenpolitik
 1931: Harzburger Front von DNVP und NSDAP gegen RK Brüning
 SPD stellt Tolerierungspolitik ein, d.h. faktische Entmachtung der Parteien
 1932: Wiederwahl von Hindenburgs zum RP durch die bürgerliche Mitte und gegen Hitler, der sich nun von den „Falschen“ gewählt sieht
 Entmachtung Brünings (Intrigen der Kamarilla) und Ernennung von Papens zum RK, der völlig gegen RT und Parteien regiert (§ 48+§ 25 RV)
 6. RT-Wahl mit weiteren Stimmengewinnen für NSDAP und KPD (Obstruktion)
 RK von Papen löst eben gewählten RT wieder auf
 7. RT-Wahl mit erstaunlichen Stimmenverlusten für die NSDAP, aber Gewinnen für die KPD, daher Staatsstreichpläne, denen sich die Reichswehr versagt, aber auch der neue RK von Schleicher kann seine Vision einer „Querachse“ durch alle Parteien nicht verwirklichen
 1933: Ernennung Hitlers zum RK. Verbot der KPD
 8. RT-Wahl bringt Mehrheit für Koalition NSDAP/DNVP
 Ermächtigungsgesetz und juristische Entmachtung aller Parteien. NSDAP einzige Partei
 1945: Verbot der NSDAP durch die Alliierten, aber Zulassung anderer Parteien

3 Die Entwicklung des Parteiensystems seit 1945

3.1 Formierungsphase 1945-1953

- Anfang Juni 1945: Die Alliierten übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Dies war die „Stunde Null“ für die Parteien, da es zu diesem Zeitpunkt keine Parteien gab.
- Gründung der vier Parteien KPD, SPD, CDU und der liberal-demokratischen Partei (LDP) in der SBZ nach dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945
- im Laufe des Jahres 1945 folgten die Westalliierten mit der Zulassung von politischen Parteien in ihren Zonen
- Lizenzierungszwang der Parteien
- die SPD war die erste Partei, die sich in ganz Deutschland organisieren konnte. Allerdings mit zwei konkurrierenden Parteizentren in Ost und West.
- neu gegründet wurde die CDU als eine christlich-liberale-konservative-konfessionelle Sammelpartei. Dies war eine Innovation in der deutschen Parteiengeschichte. Formell ins Leben gerufen wurde sie aber erst im Oktober 1950 auf ihrem 1. Parteitag in Goslar.
- in Bayern gründete sich die CSU als eine interkonfessionelle Sammlungspartei, die eine eigenständige bayerische Partei bildete. Beide Unionsparteien schlossen sich aber im Bundestag zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammen.
- im Dezember 1948 gründete sich in den Westzonen die liberale FDP, die sich als antisozialistische Kraft ansah.
- weiterhin bildeten sich kleine Parteien, z.B. die KPD, rechtsextreme und regionale Parteien, die zwar bis 1949 Erfolge erzielten, aber ihre Positionen nicht ausbauen konnten.

3.2 Konzentrierungsphase 1953-1976

- Ära der Normalisierung und der Internalisierung der Demokratie in Deutschland
- diese Phase kann man auch als Zeit der „Wunder“ in Deutschland verstehen. Es kam zu einem Wirtschaftswunder, zu einem Wahlwunder und zu einem Parteienwunder.
- in den Sechziger Jahren wandelte sich das Parteiensystem in der Hinsicht, daß nun auch die beiden großen Volksparteien miteinander koalitierten.
- CDU und SPD erreichten ähnliche Stimmenanteile und glichen sich immer mehr als Massenmitgliederparteien in Struktur und Programmatik an. Außerdem setzte in beiden Parteien ein Modernisierungsschub ein. So wurde die CDU eine moderne Volkspartei mit professionellen Funktionären und einem ausgebauten Parteiapparat. Die SPD wandelte sich von einer reinen Arbeiterpartei hin zu einer Organisation, die auch Akademiker und Angestellte ansprach.
- die FDP etablierte sich als das „Zünglein an der Waage“ und versuchte ihre Position als eine „Minivolkspartei“ zu festigen.

3.3 Transformationsphase 1976-1990

- im Januar 1980 formierten sich auf Bundesebene die Grünen als eine Partei. Zunächst sah sie sich als eine Antiparteien-Partei. Ihr Programm war ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. 1983 zogen die Grünen zum ersten Mal in den Bundestag ein. Dieser Erfolg zeigte, daß das Zweieinhalbparteien-System kein ewiges Gesetz war.
- ab Mitte der achtziger Jahre kam es zu einem erneuten Auftreten von rechtsextremen Parteien (Republikaner), die das deutsche Parteiensystem wandelten. Jedoch gelang kein Einzug in den Bundestag.
- mit der Wende 1989 und der Wiedervereinigung wuchs die Furcht vor einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems. Dies trat aber mit den Veränderungen von 1990 nicht ein. Die alte Regierung CDU/CSU und FDP mit der SPD als Opposition blieb bestehen. Lediglich die PDS trat als neue Kraft in Erscheinung.

3.4 Zentripetale Phase 1990 bis 2000

- kennzeichnend für das Parteiensystem der Neunziger war eine gewisse Absorptionsfähigkeit. Es entstanden zentripetale Kräfte zur Mitte hin.

- die rechtsradikalen Parteien konnten ihre Wahlerfolge nicht mehr wiederholen und sanken immer mehr in der Wählergunst.
- bis Ende der neunziger Jahre konnte sich die PDS weiter festigen.
- Bündnis 90/Die Grünen konnten ihre Position im Bundestag stabilisieren.
- das deutsche Parteiensystem wurde nach der Bundestagswahl von 1998 pluralistischer, da drei kleine Parteien (FDP, Grüne, PDS) die 5%-Hürde überspringen konnten
- betrachtet man das gesamtdeutsche Parteiensystem, so besteht eine Zweiteilung: im Westen hat an den Strukturen und Kräfteverhältnissen kaum was geändert. Im Osten hat sich hingegen ein Dreiparteiensystem gebildet, da hier die PDS als drittstärkste Kraft Fuß fassen konnte.

4 Typologie: Stadien der Parteienentwicklung (eigene Darstellung nach von Beyme)

Parteientyp nach Katz/Mair 1995	Kaderpartei (bis ca. 1918; alte polit. Klasse auf der Basis von Besitz und Erwerbsklassen)	Massen-Partei(ca. 1918 bis Ende 50er Jahre; auf Basis scharfer Klassenkonflikte)	Catch-All-Partei(Ende der 50er bis Ende der 70er; Volksparteien unter Auflösung der alten Lager)	Kartell-Partei(ab Ende der 70er Jahre; Parteien der Berufspolitiker mit Herausforderung vieler neuer Milieus)
Repräsentationsidee	Vertrauensmann ohne Mandat (entscheidet nach pers. Überzeugung)	Delegierter (Agent seiner Wählerschaft, deren Instruktionen er folgt)	Freier Repräsentant	Abgehobener Repräsentant
Grundziele	Privilegiensicherung	Kampf um die Durchsetzung alternativer Gesellschaftskonzept	Durchsetzung fragmentierter policies	Durchsetzung fragmentierter policies
Mitgliederstrukturen	Cliquen-/ Elitenpartei	Mobilisierte Massenparteien; Führung von unten kontrolliert	Weniger + losere Mitglieder, Kontrolle der Repräsentanten durch Medien + Staat	Wenig de jure Mitglieder, stattdessen ideologische Mitglieder, die sich an policies orientieren
Wettbewerb/Wahlkampf	Nebensache ohne großen Geld- und Arbeitsaufwand	Materialschlachten, arbeitsintensiv	Medienwirksame Materialschlachten, arbeits- und kapitalintensiv	Professionalisierte, zentralisierte Kampagnen; kapitalintensiv
Finanzierung	Eigenkapital und Patronage durch Interessenten	Mitgliedsbeiträge und Spenden	staatl. Subventionen und Spenden	Ausbau d. Staatsfinanzierung + offensives fund-raising, Zunahme der Korruption bei öffentlichen Aufträgen

5 Parteienrecht (nach Rudzio)

Ziel: rechtlich abgesichertes System demokratischer, chancengleich konkurrierender Parteien

- Gleiche Wettbewerbschancen

- Demokratiegebot für Parteien: Art. 21 I GG „Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.“

- Möglichkeit des Parteiverbots nach Art. 21 II GG, bisher angewandt bei: rechtsradikaler „Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 & „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) 1956)

6 Frage: Existieren Kartell-Parteien in der BRD?

- **Pro:** Mitgliederzahlen der Parteien sinken seit 1990; fragmentierte policies;

zentralisierter (SPD: Kampa) Medienwahlkampf

Kampf um Wechselwähler läßt ideologische Identifizierung des einzelnen Wählers bzw.

Parteimitglieds mit seinem Repräsentanten Kandidaten sinken.

- **Contra:** Staatsfinanzierung nicht ansteigend, wurde durch BVerfG-Urteile und Revisionen des Parteienfinanzierungsgesetzes immer wieder zurückgeschraubt und ist in etwa konstant.

- **Fazit:** Es besteht ein Hang der etablierten Parteien zur Kartellbildung, neue Parteien (GRÜNE, PDS) treten dennoch auf. Auch die Finanzierung wäre ohne Urteile des BVerfG wesentlich ausgebauter.

7 Parteiensysteme

7.1 Definition (nach Schmidt) : Fachausdruck für die Gesamtheit der in einem polit. Gemeinwesen agierenden Parteien und die Regelmäßigkeit ihrer wechselseitigen Beziehungen.

7.2 Klassifikation (nach Sartori 1974): Klassifikation nach der Anzahl relevanter Parteien (ab 2% der Stimmen)

Wettbewerb: Der Wähler und seine Forderungen werden angehört, er kann verschiedenen Parteien beitreten bzw. austreten, um seine Forderungen zu artikulieren und durchzusetzen. (= options of voice and exit)

Kein Wettbewerb: eine der beiden Optionen ist entweder verboten oder nicht vollkommen ausgeprägt
Bsp.: totalitärer Staat weder Erhebung der Stimme noch Austritt aus der Partei Option für Wähler.

7.2.1 Systeme ohne Parteienwettbewerb:

One party: nur 1 Partei existiert. Jede Art von Pluralismus wird durch sie unterbunden. Subtypen je nach ideologischer Intensität des Parteiensystems.

Hegemonic party: 2-Ebenen-System mit 1 Groß-Partei, die untergeordnete Parteien toleriert und ihnen einen Teil ihrer Macht zuweist. Subtypen je nach autoritärem und ideologischem Gehalt

7.2.2 Systeme mit Parteienwettbewerb:

Predominant party: Regierung wird in jeder Legislaturperiode von 1 Partei gestellt (meist absolute Mehrheit), Regierungswechsel nicht ausgeschlossen, kleinere Parteien Gegenspieler der Großen

Two-party: Regierung 1 Partei aber nicht unbegrenzte Zeit, Möglichkeit zum Regierungswechsel, Stimmen-/Sitz-Distanz zwischen beiden Parteien gering (Möglichkeit zu absoluter Mehrheit für beide), andere Parteien halten große nicht vom Regieren ab, keine Koalitionen

Limited pluralism: 3-5 Parteien, Koalitionsregierungen (keine absoluten Mehrheiten), Perspektive von Alternativkoalitionen (nicht regierende Parteien könnten durch Koalition regieren), keine Anti-System-Parteien oder Parteien der politischen Mitte

Extreme pluralism: 5/6 Parteien mit großer ideologischer Distanz, Anwesenheit relevanten Anti-System-Parteien und polit. Mitte, zentrifugaler Parteienwettbewerb/ Polarisation im Wahlkampf + Verlust an Stimmen zu Extremen, bilaterale, ideologisch inkompatible Oppositionen

=> Überleben des polit. Systems nur, wenn Anti-System-Parteien in existierende politische Ordnung integriert + zentrifugale Taktiken in Wahlkampf verringert werden

Atomized: ca. 10- 20 Parteien Klasse für System, wo die Anzahl der Parteien so groß ist, dass getrennte Typen wenig Unterschiede machen. Keine Partei hat irgendeinen erkennbaren Effekt auf eine andere.

Merkmale von Anti-System-Parteien (Kommunisten, Faschisten)

- a) untergraben die Legitimität des polit. Regime, dem sie gegenüberstehen
- b) fremde Ideologie/ teilen keine Werte mit anderen Parteien, prinzipielle Opposition

7.3 Frage: Welches System hat die BRD? Antwort: moderater Pluralismus.

Anzahl relevanter Parteien: 5 (Bund), 7 (Länder: PRO, Republikaner)

Es gibt zwar Parteien mit erheblicher ideologischer Distanz (Bsp.: PDS – FDP), aber einzelne Koalitionen zwischen den Parteien möglich. Das ideologische Zentrum ist nicht besetzt, Wahlkampf nicht um Extreme (nur den Rand abschöpfen) sondern um die „Neue Mitte“ (SPD-Wahlkampf 1998). Existenz von ASP? Nicht existent, da sonst als undemokratisch verboten (Art 21 III GG).

Literatur:

von Alemann, Ulrich 2001: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S.41-77.

von Beyme, Klaus 1997: Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zu Partei der Berufspolitiker, in Oscar W. Gabriel u.a.: Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen, S. 359-383.

Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.) 1998: Die Weimarer Republik 1918-1933, Berlin

Fenske, Hans 1994: Deutsche Parteiengeschichte, Paderborn.

Katz, Richard S. /Mair, Peter 1995: Changig Models of Party organization, in: Party Politics (1), No. 1, S.5-28.

Ritter, Gerhard 1985: Die deutschen Parteien 1830-1914, Göttingen.

Rudzio, Wolfgang 1987: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, München.

Sartori, Giovanni 1976: Parties and party systems. A framework for analysis. Camebridge.

Schmidt, Manfred G. 1995: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart.